



Sozialdemokratische Partei  
Obersiggenthal

## Anfrage der Fraktion SP/Grüne

### AUSWIRKUNGEN DER LEISTUNGSANALYSE UND DEREN MASSNAHMEN AUF UNSERE GEMEINDE

Der Aargauer Regierungsrat und das Parlament behandeln derzeit unter dem Stichwort „Leistungsanalyse“ ein weitgehendes Spar- und Abbaupaket. Ein Grossteil der Massnahmen betrifft direkt und indirekt auch die Gemeinden. Vermeintliche Einsparungen des Kantons erweisen sich oft als Umlagerungen zu Lasten der Gemeinden.

Die Obersiggenthaler Gemeindefinanzen werden sich gemäss der „Aufgaben- und Finanzplanung 2015 bis 2019“ in den kommenden Jahren erheblich verschlechtern. Eine weitere Belastung durch Umlagerungen des Kantons wird für unsere Gemeinde nur schwer tragbar sein. Wir sind daher der Meinung, dass entsprechende Massnahmen bekämpft werden müssen.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten nachfolgende Fragen zu beantworten. Die Fragen beziehen sich sowohl auf die Massnahmen in der Vorschlagskompetenz der Regierung (Budget), als auch auf jene in der Kompetenz des Parlaments (Gesetz über die Umsetzung der Leistungsanalyse).

1. Welche Massnahmen aus der Leistungsanalyse betreffen die Gemeinde Obersiggenthal kurz-, mittel- und langfristig? Von welchen Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Kultur, Bildung und Umwelt sind Projekte oder Vorhaben in unserer Gemeinde jetzt oder in Zukunft betroffen?
2. Welche der zur Streichung vorgeschlagenen öffentlichen Dienstleistungen will der Gemeinderat mit einem kommunalen Angebot kompensieren, welche nicht?
3. Es werden zahlreiche Unterstützungsangebote für Menschen mit finanziellen, beruflichen oder sozialen Problemen gekürzt oder gestrichen, so zum Beispiel das Werkjahre oder die individuelle Prämienverbilligung. Rechnet der Gemeinderat auf Grund dieser Abbaupläne mit einer Zunahme der Kosten in der Gemeinde, namentlich bei den Sozialhilfekosten?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat generell die Zunahmen der kommunalen Belastung mit Aufgaben und Kosten? In welchen Bereichen sieht er in absehbarer Zukunft zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen?
5. Bringt sich die Gemeinde in den bestehenden Austauschgefässen mit dem Kanton politisch ein (z.B. Gemeindeammännervereinigung, Grossräte aus unserer Gemeinde usw.)? Wenn ja, arbeitet sie darauf hin, dass sich die Aufgaben- und Kostenverteilung in Zukunft nicht weiter zu Ungunsten der Gemeinden verschiebt, z.B. im Bereich der Sozialhilfe? Ist für eine erhöhte Druckausübung eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden (z.B. Baden Regio) geplant?

Wir bitten, im Sinne eines möglichst grossen Spielraums bei der Einflussnahme, um eine baldige Behandlung.

19.10.2014

Fraktion SP/Grüne

Theo Flückiger

*Felix Friedmann*  
*Bl. Börsch*  
*H. K.*